

## Sinkende Kaufkraft

Arbeitslose geben ihr Geld nahezu vollständig für den Lebensunterhalt aus. Wer bei Arbeitslosen kürzt, verringert unmittelbar ihre Kaufkraft. Die Waschmaschine oder das Kinderfahrrad können sie sich dann nicht leisten. Die ohnehin zu schwache Binnennachfrage sinkt weiter. Dadurch werden rund 100.000 bestehende Arbeitsplätze gefährdet, schätzen Experten.

Insgesamt sollen 6,4 Milliarden € auf Kosten von Arbeitslosen eingespart werden. Zum Vergleich: 6,4 Mrd. € entsprechen in etwa der Warenmenge, die Unternehmen wie Adidas oder SAP weltweit absetzen.



## Kassen leer – Zwang zum Sparen?

Zeitgleich mit den Kürzungen bei Arbeitslosen soll der Spitzensteuersatz von heute 48,5 % auf 42 % sinken. Das kostet die öffentlichen Kassen rund 6 Mrd. € – also etwa den Betrag, der Arbeitslosen genommen wird. Arbeitslose finanzieren indirekt die Steuergeschenke an Reiche.

## Hohe Verluste

Ohne Arbeitslosenhilfe sinkt das Haushaltseinkommen ganz erheblich. Ein Beispiel: Er ist langzeitarbeitslos (früher 2.436 € brutto). Sie verdient 1.624 € brutto. 1 Kind.

Einkommen heute:	1.882 €
Einkommen geplant:	1.521 €
Verlust pro Monat	361 €

## Wenn der Arbeitsplatz verloren geht...

Arbeitslos kann heute jeder werden. Und dann kommt es knüppeldick, wenn sich die Bundesregierung mit ihren Plänen durchsetzt:

- Ein(e) Arbeitnehmer(in) mit Durchschnittsverdienst, der/die mit 57 Jahren arbeitslos wird, verliert bis zu 14.500 €, wenn es nur noch für eine verkürzte Zeit Arbeitslosengeld gibt.
- Hinzu kommen Nachteile bei der Rente: Wenn das Arbeitslosengeld früher ausläuft, dann sinken die Rentenansprüche aus der Zeit der Arbeitslosigkeit.
- Arbeitnehmerfamilien mit (vormals) mittlerem Arbeitseinkommen verlieren mehrere Hundert € im Monat, wenn die Arbeitslosenhilfe abgeschafft wird.
- (Ehe)Partner sollen für einander aufkommen, wenn einer der beiden langzeitarbeitslos wird. Das ist als wenn eine Autoversicherung nach einem Unfall sagen würde: "Wir zahlen nicht, deine Lebensgefährtin kann doch den Schaden begleichen?"
- Bei der Sozialhilfe sind Unterhaltspflichten vorrangig zu berücksichtigen. Nach dieser Logik müßten Arbeitnehmer künftig auch für Arbeitslose in der Familie aufkommen. Nach dem Motto »Kinder haften für ihre Eltern!«

## Sozialabbau schafft keine Arbeitsplätze!

Weitere Infos und Alternativen zur "Agenda 2010" unter:

[www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de) (Koordinierungsstelle)

[www.dgb.de](http://www.dgb.de)

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)

[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

[hv.sozialpolitik@ngg.net](mailto:hv.sozialpolitik@ngg.net) (NGG)



# Agenda 2010: Wer bei den ARBEITSLOSEN kürzt, drückt auch die LÖHNE.

»Weniger Geld für Arbeitslose – Was habe ich damit zu tun?«

*Leider eine ganze Menge.*

*Denn die Kürzungen bei Arbeitslosen bringen erhebliche Nachteile für alle Beschäftigten.*



Koordinierungsstelle  
gewerkschaftlicher  
Arbeitslosengruppen



Hildegard Lenz kann es nicht fassen. Vor einem Jahr wurde sie von "ihrem" Laden, in dem sie jahrelang als Verkäuferin gearbeitet hatte, entlassen. Trotz unzähliger Bewerbungen findet die 47-Jährige keine neue Stelle. Und nun, nach zwölf Monaten Arbeitslosengeld, auch noch dieser Schock: Das Arbeitsamt schreibt, zukünftig erhalte Sie keine Arbeitslosenunterstützung mehr. Sie müsse sich das Einkommen ihres Mannes Thomas anrechnen lassen.



Auch Werner Scholz ist stinksauer. »Nie im Leben«, sagt der 54-Jährige gelernte Werkzeugmacher, »hätte ich gedacht, mal von Sozialhilfe leben zu müssen«. Mehr als

30 Jahre lang hat er Beiträge in die Sozialkassen eingezahlt. Vor drei Jahren ging sein letzter Arbeitgeber pleite. Jetzt müssen Werner Scholz und seine Frau zusammen von 530 Euro »Stütze« im Monat plus Miete leben. Mangel und Entbehrung nach einem langen und harten Arbeitsleben. Und bis zur Rente ist es noch lang. Die bescheidenen Ersparnisse der beiden werden bis dahin längst aufgebraucht sein...



## Das gibt's doch gar nicht? Stimmt – ganz so heftig ist der soziale Absturz heute noch nicht.

Doch die beiden Beispiele können schon nächstes Jahr wahr werden. Denn die Bundesregierung sowie FDP und CDU/CSU wollen das Arbeitslosengeld kürzen und die Arbeitslosenhilfe, die es heute im Anschluss gibt, abschaffen.

## Das plant die Bundesregierung:

Ältere Arbeitslose ab 45 Jahren bekommen nur noch 12 Monate Arbeitslosengeld (ab 55 Jahren 18 Monate). Bisher waren bis zu 32 Monate möglich.

Die Arbeitslosenhilfe in Höhe von 53 % (mit Kind 57 %) vom letzten Netto wird abgeschafft. Langzeitarbeitslose erhalten nur noch eine Leistung in Höhe der Sozialhilfe. Weiteres Einkommen wie etwa Kinder- oder Wohngeld wird vollständig, der Verdienst des Partners oberhalb eines Freibetrages von rund 200 Euro angerechnet, das heißt vom Leistungsanspruch abgezogen. Dadurch vermindert sich der auszuzahlende Betrag – im schlechtesten Fall auf Null. Ein befristeter "Übergangszuschlag" gleicht lediglich einen kleinen Teil der Einbußen aus.

## Was geht mich das an?

Angesichts von fast fünf Millionen Arbeitslosen wird wohl niemand mehr sagen können, die Arbeitslosen bemühten sich nicht genug um Arbeit. Inzwischen kann es fast jeden treffen.

Die geplanten Einschnitte haben aber nicht nur Nachteile für die Arbeitslosen sondern für alle Beschäftigten. Hier und heute und nicht erst dann, wenn man selbst den Job verliert.



## Not macht erpressbar: Lohndumping nimmt zu

Was die Arbeitslosenversicherung kostet, kann jeder auf der Lohnabrechnung sehen. Was sie Positives bringt, ist dagegen nicht so offensichtlich. Doch ähnlich wie Tarifverträge wirkt auch die Arbeitslosenunterstützung gegen Lohndumping: Sie vermindert die Gefahr, dass die Arbeitgeber die Lage auf dem Arbeitsmarkt ausnutzen, um die Löhne zu senken.

Wird die Arbeitslosenhilfe abgeschafft, dann müssen Arbeitslose auch extrem schlecht bezahlte Jobs annehmen, um über die Runden zu kommen. Not macht erpressbar. Denn die Sozialhilfe reicht nicht zum Leben: Am Ende des Geldes ist noch viel Monat übrig.

Hinzu kommt: Zukünftig soll jede Arbeit als zumutbar gelten. Arbeitslose müssen dann z.B. die neuen 400€-Mini-Jobs annehmen, die keinen Sozialversicherungsschutz bieten. Zur Freude der Arbeitgeber: Wo immer möglich werden sie reguläre Arbeit verstärkt in kleine Häppchen aufteilen oder Niedriglohn-Arbeitsplätze einrichten.

Dadurch geraten auch die Tariflöhne unter Druck. Denn die Billiglohn-Firmen können im Konkurrenzkampf einen Preisvorteil haben. Unterm Strich werden Arbeitslose gegen Beschäftigte mit Tariflohn in Stellung gebracht: Wer macht die gleiche Arbeit für weniger Geld? "Besser" bezahlte Arbeit wird durch billige Arbeit verdrängt werden.

Impressum:

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen  
Marktstraße 10, 33602 Bielefeld, T: 0521/967840  
in Kooperation mit Gewerkschaften  
Verantwortlich: Martin Künkler

Gestaltung: schmidt & pähler

Fotos: Veit Mette und KOS

Druck: Gieselmann Druck + Medien